

Otto von Bismarck

Otto von Bismarck-Schönhausen, 1865 Graf Bismarck, 1871 Fürst Bismarck, 1890 Herzog von Lauenburg, Politiker, *1. 4. 1815 Schönhausen bei Stendal, †30. 7. 1898 Friedrichsruh, Krs. Herzogtum Lauenburg; aus altmärk. uradligem Geschlecht, Sohn des Gutsbesitzers Ferdinand von Bismarck u. seiner dem höheren Bürgertum entstammenden Frau Wilhelmine geb. Mencken.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen ging Bismarck 1836 als Referendar in den preuß. Staatsdienst, verließ ihn unbefriedigt 1839, bewirtschaftete das Gut Kniephof in Pommern, ab 1845 das Gut Schönhausen; wurde 1846 Deichhauptmann in Schönhausen u. Abg. des sächs. Provinziallandtages. Seine eigentl. polit. Laufbahn begann Bismarck auf dem äußersten rechten Flügel des preuß. Vereinigten Landtags 1847. Beim Ausbruch der Dt. Revolution 1848 suchte er König Friedrich Wilhelm IV. für die Gegenrevolution zu gewinnen. 1849/50 war er Mitgl. der 2. Kammer des preuß. Landtags u. des Erfurter Parlaments, 1851–1859 preuß. Gesandter beim Bundestag in Frankfurt. In den frühen 1850er Jahren bildete sich unter Preisgabe konservativer Prinzipienpolitik seine Auffassung von Realpolitik heraus: Leitlinie sollte das Interesse der preuß. (dt.) Großmacht bei Respektierung der Interessen der übrigen Großmächte sein. Zunehmend bekämpfte er die führende Rolle Österreichs im Dt. Bund; mit Beginn der »Neuen Ära« 1858/59 entwickelte er Pläne, die dt. Nationalbewegung als Bundesgenossen zu gebrauchen u. den Dt. Bund zu sprengen. 1859–1862 war er Gesandter in St. Petersburg, 1862 kurzfristig Botschafter in Paris. In einer für König Wilhelm I. u. die preuß. Monarchie vermeintlich aussichtslosen Lage wurde Bismarck 1862 auf Anregung A. von Roons zum Min.-Präs. u. Außen-Min. bestellt. Der isolierte Monarch hatte den Heeres- und Verfassungskonflikt zum grundsätzl. Kampf um Königs- oder Parlamentsherrschaft zugespitzt. Bismarck stellte sich Wilhelm zur bedingungslosen Durchsetzung der angestrebten Heeresreform zur Verfügung u. erhielt die für seine gesamte Regierungstätigkeit kennzeichnende weitestgehende Freiheit für seine Politik. Er regierte budgetlos gegen das Parlament, dem er in dessen Bestreben um eine Parlamentarisierung Preußens den Kampf ansagte. 1863/64 sondierte Bismarck die Möglichkeiten einer Kooperation mit F. Lassalle u. einer Einführung des gleichen Wahlrechts, um die Majorität der Liberalen im Parlament, denen das Dreiklassenwahlrecht zugute kam, zu brechen.

Die Außenpolitik Bismarcks stand in enger Wechselwirkung zur inneren Entwicklung Preußens. Bereits 1862 gab Bismarck Österreich sein Ziel zu erkennen, Preußens Herrschaft in Norddeutschland durchzusetzen. 1863 setzten Reformvorschläge für den Dt. Bund ein, die auch die Schaffung einer Volksvertretung mit gleichem Wahlrecht vorsahen, wodurch die dt. Nationalbewegung gegen Österreich eingespannt werden sollte. Im gleichen Jahr versicherte sich Bismarck durch die Alvenslebensche Konvention gegen Polen der Rückendeckung Rußlands für seine weitere Politik. In der Krise um Schleswig-Holstein 1863/64 gelang es Bismarck, den international abgesicherten Status der Elbherzogtümer durch eine Alleinverantwortlichkeit Preußens u. Österreichs zu ersetzen. Nach dem ersten dt. Einigungskrieg um Schleswig-Holstein wurde Dänemark 1865 im Vertrag von Gastein gezwungen, Holstein an Österreich u. Schleswig an Preußen abzugeben, wodurch erneut eine dualist. Neuordnung des Dt. Bundes möglich erschien. Erst 1866 nach Scheitern der friedl. Möglichkeiten betrieb Bismarck die militärische Konfrontation mit Österreich, wobei nun auch die längerfristige Perspektive einer Verbindung mit Süddeutschland Bedeutung gewann. Er schloß mit Italien ein Bündnis u. erneuerte seinen Vorschlag zur Bundesreform durch Schaffung einer Volksvertretung. Nachdem die Schlacht von Königgrätz 1866 den Dt. Krieg zugunsten Preußens entschieden hatte, setzte Bismarck gegen den Willen Wilhelms I. die Schonung Österreichs als Großmacht durch u. verwirklichte seine Neuordnungspläne: Nach der Aussöhnung mit dem preuß.

Parlament u. der Mehrheit der Liberalen durch das Indemnitätsgesetz gründete er 1867 den Norddeutschen Bund, dessen Bundeskanzler u. Außen-Min. er wurde. Die nunmehr deutliche Kooperation mit der liberalen Nationalbewegung zeigte sich in der Konstruktion eines Reichstags mit gleichem Wahlrecht. Bismarck band durch Verträge die süddt. Staaten militärisch an den Norddt. Bund. Vor dem Hintergrund französ. Kompensations-ansprüche wegen des Machtzuwachses Preußens 1866/67 nahm Bismarck 1870 einen Versuch Napoleons III., Preußen in der Frage der span. Thronkandidatur eines Hohen-zollernprinzen zu demütigen, zum Anlaß, durch die Emser Depesche den Dt.-Französ. Krieg auszulösen. Gegen H. von Moltke, der einen »Karthagofrieden« anstrebte, behauptete er den Primat der polit. gegenüber der militär. Führung. In Verträgen mit den süddt. Staaten u. mit der Kaiserproklamation Wilhelms I. am 18. 1. 1871 erreichte er die angestrebte Gründung des Dt. Reichs. Die Verfassung des Reichs als konstitutionelle Monarchie mit einem aus gleichem Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag spiegelte die Verbindung von Zielen der liberalen dt. Nationalbewegung mit den Wesenszügen des preuß. Beamten- u. Militärstaates wider. Bismarck wurde Reichskanzler des neuen Nationalstaates. In den beiden Jahrzehnten der Reichskanzlerschaft verfügte Bismarck, der auch preuß. Min.-Präs. blieb, über eine nahezu unangreifbare innenpolit. Stellung. Er arbeitete zunächst mit den Nationalliberalen u. den sich ihm nur zögernd wieder annähernden Konservativen zusammen, doch fand er kein vertrauensvolles Wechselverhältnis zum Reichstag. In oppositionellen Kräften sah er »Reichsfeinde«, wodurch der innere Frieden im Reich nachhaltig gestört wurde. Im Kulturkampf, der Mitte der 1870er Jahre seinen Höhepunkt erreichte, suchte er das neu entstandene Zentrum wegen dessen Ko-operation mit den Polen, Elsässern u. Welfen vergeblich zu treffen. Nach zwei Attentaten auf Wilhelm I. 1878 sollte das Sozialistengesetz (bis 1890 mehrfach verlängert) die 1875 gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die mit den Anschlägen nichts zu tun hatte, ausschalten.

1878/79 brach Bismarck mit der Mehrheit der Nationalliberalen, die langfristig eine Parlamentarisierung der Monarchie erwarteten, u. vollzog unter Androhung eines reaktionären Staatsstreichs durch die Einführung einer Schutzzollpolitik eine grundlegende konservative Wende der dt. Innenpolitik. Nunmehr sich auf wechselnde Mehrheiten im Reichstag stützend, begann er ein fortschrittlich. sozialpolit. Programm zu verwirklichen: Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884), Alters- und Invalidenversicherung (1889); dessen Hauptzweck, die Entfremdung der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie, wurde nicht erreicht. Nachdem das »Kartell« aus Konservativen u. nach rechts geschwenkten Liberalen 1887 in einem von der Außenpolitik bestimmten Wahlkampf noch einmal gesiegt hatte, erlitten diese Parteien 1890 eine schwere Wahlniederlage. Als Bismarck den seit 1888 regierenden u. auf Unabhängigkeit vom Kanzler bedachten Kaiser Wilhelm II. zu einem neuen Kampfprogramm gegen den Reichstag, möglicherweise aber auch zu einer Kooperation mit dem Zentrum bewegen wollte, wurde er von diesem am 18. 3. 1890 unter verletzenden Umständen entlassen.

Wenig umstritten ist demgegenüber die Außenpolitik Bismarcks als Reichskanzler. Durchgehend bemüht, die Mächte zu überzeugen, Dtschld. sei »saturiert«, betrieb er eine Politik der »freien Mitte«, die Koalitionen gegen Dtschld. verhindern sollte. Der Berliner Kongreß 1878 brachte ihm dank seinem Bemühen, im Balkankonflikt als »ehrlicher Makler« zu vermitteln, den Ruf eines großen europ. Staatsmannes. Die dennoch auftretende schwere Krise des Verhältnisses zu Rußland veranlaßte ihn sodann zum Aufbau eines Bündnissystems: Zweibund 1879, Dreikaiservertrag 1881, Dreibund 1882 u. nach der Phase des Erwerbs von Kolonien 1884/85 Rückversicherungsvertrag 1887. Bei sich zum Teil widersprechendem Inhalt der Verträge diente das System dazu, den Bündnisfall u. damit den Krieg zu vermeiden. Seit der Mitte der 1880er Jahre auftretende neue schwere Krisen ließen die außenpolit. Lage Deutschlands zunehmend labil u. gefährdet erscheinen. Bismarcks Sorge vor feindl. Koalitionen u. einem Zweifrontenkrieg wuchs u. ließ ihn nach Alternativen zum

bestehenden Bündnissystem suchen. Militär. Abenteuer wie einen Präventivschlag gegen Rußland lehnte er konsequent ab.

Nach seinem Rücktritt bekämpfte Bismarck den »Neuen Kurs«. 1894 folgte eine äußerl. Aussöhnung mit Wilhelm II. 1895 lehnte der Reichstag einen Glückwunsch zum 80. Geburtstag ab, u. bei seinen Gegnern galt er weiterhin als »Blut-u.-Eisen«-Politiker. Doch noch zu seinen Lebzeiten setzte eine lange anhaltende, nahezu mythische Verehrung des »Eisernen Kanzlers« ein. Seine Memoiren »Gedanken u. Erinnerungen« (ursprüngl. von Bismarck gewählter Titel: »Erinnerung u. Gedanke«) sind, obwohl historisch nicht völlig zuverlässig, eine bedeutende schriftstellerische Leistung u. wichtige Quelle.